Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt

Änderung vom 14. August 2018

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. P131195,

beschliesst:

I.

Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt vom 13. August 2013¹⁾ (Stand 1. Februar 2017) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt (Zufahrtsverordnung)

§ 2 Abs. 1

¹ Es gelten die folgenden Ausnahmen vom Fahrverbot:

- h) **(geändert)** Zufahrt mit Bewilligung gemäss Verordnung betreffend Messen und Märkte in der Stadt Basel;
- i) **(neu)** Zufahrt mit Fahrzeugen, die gestützt auf eine Bewilligung gemäss Verordnung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes an der bewilligten Örtlichkeit aufgestellt werden.

§ 3 Abs. 2^{bis} (geändert), Abs. 3

^{2bis} Kurzbewilligungen werden zudem erteilt für:

- a) **(neu)** Gesellschaftswagen zum Bringen und Abholen von Personengruppen im Rahmen von Bestellfahrten;
- b) **(neu)** Fahrzeuge, die zentraler Bestandteil eines Umzuges mit sportlichem oder kulturellem Charakter sind, sofern am Umzug ein öffentliches Interesse besteht. Die Fahrzeuge sind auf ein Minimum zu reduzieren; die Behörde legt die Maximalzahl der zulässigen Fahrzeuge fest.

³ Dauerbewilligungen werden für die Dauer von höchstens zwölf Monaten erteilt an:

- d) **(geändert)** Unternehmen für regelmässige Lieferungen von rasch verderblichen Waren in die Kernzone;
- e) **(neu)** Unternehmen für regelmässige touristische Stadtrundfahrten mit Gesellschaftswagen auf der Route Spiegelgasse – Stadthausgasse – Eisengasse – Schifflande – Blumenrain.

§ 4 Abs. 1^{bis} (geändert)

^{1bis} Personen und Unternehmen, die einen regelmässigen Bedarf an Kurzbewilligungen nachweisen, können sich bei der Behörde registrieren lassen. Die Gebühr für eine Kurzbewilligung für registrierte Personen und Unternehmen beträgt CHF 5.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren, sie tritt am 1. Oktober 2018 in Kraft.

¹⁾ [SG 952.300](#)

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Elisabeth Ackermann
Die Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl